Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pf. pro fünfspaltiger Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraranspräche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 281. [42. Jahrgang.] **Sonntag den 30. November 1902.** **[42. Jahrgang.] Nr. 281.**

Berlin, den 28. November.

Rundschau im Auslande.

Aus Teheran wird der „Russischen Telegraphen-Agentur" über einen vor Kurzem zwischen **Englandern** und **Persern** vorgekommenen **Zwischenfall** berichtet: „Engländer überschritten die Grenze von Persisch-Beludschistan. Generalgouverneur von Kirman ist gegenwärtig Mirza Mahmud Khan, der früher Gesandter in Petersburg war, in höheren Petersburger Kreisen stets gerne gesehen ist und gute Beziehungen zwischen den beiden befreundeten Staaten unterhält. Mit genügender Reiterei und Infanterie zog Mahmud Khan zur Grenze, wo es bald zum friedlichen Ende kam, und alle Streitigkeiten beendet wurden. England fand weiter keinen Grund zur Einmischung in Streitigkeiten und zog von der persischen Grenze ab. Dank seiner Humanität und der Kenntniß der politischen Beziehungen beider Staaten berief Mahmud Khan Vertreter Englands nach Mir-Djamu, wo eine Einigung stattfand und der Zwischenfall beigelegt wurde. Als Anhänger europäischer Kultur trägt Mahmud Khan, stets im Glauben an die guten Beziehungen der zwei befreundeten Staaten, die Kultur nach Persisch-Beludschistan und Kirman. Die ihm anvertraute Provinz bereise er mit militärischem Gefolge, besuche fast alle Städte und Dörfer und durchzog dabei Wüsten auf sehr schlechten Wegen. Vortrefflich bekannt mit europäischer Kultur nach einem langen Aufenthalte in Petersburg, entschied sich Mahmud Khan, an seinem Theil beizutragen zu der Stärkung guter Beziehungen zu Rußland."

Eine Petersburger Mittheilung des „Reuterschen Bureaus" weist darauf hin, daß die **russische Presse** fortfahre, sich mit **Afghanistan** zu beschäftigen, und namentlich die Frage eingehend behandele, woher das Gerücht von inneren Unruhen in Afghanistan komme. Die „Birschemja Wiedomosti" seien der Ansicht, daß die englische Regierung das Gerücht von einem bevorstehenden Bürgerkriege in Afghanistan in der Absicht aufgebracht habe, den Emir, dessen Ansichten den Engländern nicht genehm seien, zu stürzen. Die Zeitung glaube, daß Lord Kitchener demnächst eine Expedition nach Afghanistan schicken werde, und füge hinzu, daß es Rußlands Pflicht sei, die Unabhängigkeit Afghanistans zu wahren, da England im Besitze dieses Landes auch Persien beherrschen würde.

Mit Bezug auf die **Räumung** von **Schanghai** wird dem „Standard" von dort gemeldet, das die dortige britische Garnison Befehl erhalten habe, den Platz am 20. Dezember zu verlassen.

Der französische Deputirte für Cochinchina, Delonele, hat ein Schreiben an den Minister der Kolonieen gerichtet, in welchem er erklärt, daß die Einführung der **Goldwährung** in **Siam** ein wahrer Staatsstreich wirthschaftlicher Natur sei, der die schwersten Folgen für die Finanzen Indochinas und den Reichsrath nach sich ziehen könne. Delonele verlangt die sofortige Einrufung einer Kommission, um eine Lösung zu suchen und eine solche noch von dem 1. Januar 1903 vorzuschlagen. Inwiefern man bei einer innerpolitischen Maßnahme eines unabhängigen Staates von einem „Staatsstreich" reden kann, ist nicht recht klar.

Die Session des **rumänischen Parlaments** ist gestern mit einer vom Könige verlesenen **Thronrede** eröffnet worden, in der es heißt:

„Mit dem gesammten Lande haben wir im vergangenen Frühjahr den 25jährigen Jahrestag des ruhmreichen Krieges und der Proklamation der Unabhängigkeit, dieser großen Schlacht gefeiert, aus denen jetzt das dritte Budget hervorgegangen ist, im Herbst ist die Erinnerung unserer Waffenthaten auf eben demselben Felde erneuert worden, wo unsere alte Tapferkeit in dem von den verbündeten russischen und rumänischen Heeren unternommenen heißen Kampfe wieder erwachte. Der warme Empfang, der mir in Bulgarien seitens des Fürsten Ferdinand und seines Volkes zu Theil wurde, hat dieser Erinnerung eine besondere Bedeutung gegeben. Ich habe mit Rührung gefühlt, daß die Gefühle der Dankbarkeit für Rumänien lebendig bewahrt werden, und die jahrtausendlangen nachbarschaftlichen Beziehungen der Vergangenheit nicht vergessen sind, so hat die Zusammenkunft in Russischt und Plewna die freundschaftlichen Bande beider Länder fester geknüpft. (Lebhafter Beifall.) Ich bin glücklich, feststellen zu können, daß unsere Beziehungen zu allen Staaten die besten sind. Wir haben zu diesem Ergebniß kommen können durch unsere weise Politik, welche, da sie sich im Einklang befindet mit unseren eigenen Interessen und den großen europäischen Interessen, das Vertrauen der ganzen Welt erworben hat. Unsere finanzielle Lage hat sich so befriedigend gestellt, daß zwei Budgets mit Ueberschüssen abschließen, und daß die verfügbaren Summen des Staatsschatzes reichlich genug waren, um im Voraus die provisorische Anleihe vom letzten Frühjahr im Betrage von 17 092 722 Fr. zurückzuzahlen, obwohl sie erst am 15. Juni des nächsten Jahres fällig ist. (Lebhafter Beifall.) Meine Regierung wird jetzt das dritte Budget vorlegen, in dem die Ausgaben sich auf der im Frühjahr 1901 festgesetzten Höhe halten, d. h. auf der Höhe von 218,5 Millionen."

Die Thronrede kündigt sodann eine Abänderung des allgemeinen Komptabilitätsgesetzes an, um über die regelmäßige Verwendung der Einnahmeüberschüsse Bestimmungen zu treffen, ferner ein Gesetz über die Aufhebung der Gemeinde-Oktrois und ein weiteres, betreffend die Organisation der Volksbanken. Die Thronrede stellt dann den glücklichen Einfluß der Finanzen auf die ökonomischen Interessen des Landes und den Aufschwung des Handels, Verkehrs und Ackerbaues des Hafens von Konstanza fest und kündigt alsdann Gesetze an zum Zweck der genauen Anwendung der bestehenden Gesetze und des guten Funktionirens der Verwaltung. Die Thronrede schließt mit den Worten:

„Die Gedächtnißfeiern dieses Jahres haben in der Armee einen großen Eifer zu nambafter Arbeit geweckt; die Armee folgt ihrer natürlichen Weiterentwicklung, und sie ihr gegebenen Direktiven werden mehr und mehr bei den Führern das Gefühl für Pflicht und Verantwortlichkeit und in der Armee die Ueberzeugung entwickeln, daß sie nicht allein die Schützerin des Staatsbestandes, sondern auch eine machtvolle Kulturentwicklung des Volkes ist. Die Vorsehung hat die Bemühungen des Landes, eine ganz besonders schwierige Lage zu überwinden, gesegnet. Ich bin überzeugt, daß Stetigkeit von klaubendem Patriotismus, mit beharrlichem Eifer und derselben Selbstverleugnung ihre Arbeit, die so erfreuliche Früchte gezeitigt, fortsetzen und meiner Regierung die nothwendige Stütze bieten werden zur Erreichung unseres gemeinsamen Zieles, das ist das Glück unseres geliebten Vaterlandes."

Die Thronrede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Wie der Petersburger „Regierungsbote" mittheilt, hat die **russische Regierung** am 8. Juli d. J. aus Anlaß des Beschlusses der **Brüsseler Zuckerkonferenz** vom 18. März an die Regierungen derjenigen Mächte, welche das Protokoll der Konferenz unterzeichnet haben, eine Note gerichtet, auf welche bis jetzt nur die englische Regierung geantwortet hat. In dieser vom 30. Juli datirten Note Englands, deren Wortlaut der „Regierungsbote" mittheilt, wird u. A. bedauert, daß Rußland an der Brüsseler Konferenz nicht theilgenommen habe, und die Hoffnung ausgesprochen, daß die russische Regierung der Brüsseler Konvention noch beitreten werde. Sollte dieses nicht der Fall sein, so werde, da laut Artikel 7 der Brüsseler Konvention England sich mit der Errichtung einer internationalen Kommission einverstanden erklärt habe, die u. A. beaufsragt sei, festzustellen, ob in den Staaten, die der Konvention nicht beigetreten seien, die Prämie bestehen solle, England den russischen Zucker mit einer Strafsteuer belegen, falls die internationale Kommission bestehe und die Zuckerprämie in Rußland anerkenne. Eine derartige Maßregel sei mit den Bestimmungen des russisch-englischen Handelsvertrages vom Jahre 1859 durchaus vereinbar.

Auf dieses Schreiben antwortete die russische Regierung im September d. J. mit einer längeren Note, in deren Anfang betont wird, daß Rußland die Kompensationsbesteuerung seines Zuckers von Seiten Englands als eine Verletzung der Handelsverträge ansehen müsse, was unter Berufung auf Paragraph 2 des Handelsvertrages unter Anführung verschiedener Gründe eingehend nachzuweisen versucht wird.

Das Recht der Meistbegünstigung, welches beiden Vertragsmächten zugesprochen sei, falle beiden Seiten völlige Freiheit in Bezug auf innere Maßnahmen, die auf die Entwicklung und Förderung ihrer Industrie gerichtet sind. Andernfalls wäre das Recht der Meistbegünstigung nichts Anderes als ein Mittel zur Einmischung in die innere Gesetzgebung einer anderen Macht. Wenn die großbritannische Regierung gegen den Zucker derjenigen Mächte, welche der Brüsseler Konvention nicht beigetreten sind, Strafmaßnahmen anzuwenden beabsichtige, so werde das eine Ungerechtigkeit sein, welche die geltenden Handelsverträge direkt verletze.

In der Note wird u. A. ferner erklärt, Rußland habe an der Brüsseler Konferenz nicht theilgenommen, weil es sich volle Freiheit in Ergreifung innerer Maßnahmen zur Regelung der Zuckerindustrie sichern wolle. Noch 1897 habe die großbritannische Regierung übrigens erklärt, daß die Erhebung einer Kompensationssteuer eine Verletzung des Handelsvertrags sein würde. Für Rußland sei die Frage der Zuckerausfuhr nach denjenigen Ländern, welche die Brüsseler Konvention zu verwirklichen wünschen, nicht besonders wichtig, da seine Ausfuhr in jene Länder unbedeutend sei. Die russische Regierung erblicke aber in der Thatsache der Verletzung des Handelsvertrags einen sehr gefährlichen Präzedenzfall für die gesegnete Entwicklung der internationalen Beziehungen mit befreundeten Ländern. Der Schluß der Note besagt, wenn die großbritannische Regierung den Wunsch äußere, die Frage einem Schiedsgericht zu übergeben oder dem ständigen Schiedsgericht im Haag zur Prüfung vorzulegen, so werde Rußland nichts dagegen haben, daß die Frage nicht nur in Bezug auf den Zucker, sondern überhaupt in Bezug auf alle anderen Waaren geprüft werde.

Wie aus der französischen **Budgetkommission** verlautet, hat bei der Berichterstatter Dubief in der gestrigen Sitzung beantragt, den für die **Missionen** im Budget eingestellten Kredit von 830 000 Fr. um 100 000 Fr. zu verringern und außerdem diese Subvention weltlichen Anstalten zuzuwenden. Der Minister des Auswärtigen bekämpfte diesen Antrag und erklärte, daß im Auslande nationale und konfessionelle Fragen nicht getrennt werden können. Die Kommission beschloß gleichwohl, den Kredit um 50 000 Fr. zu vermindern. Frühere Erfahrungen lehren allerdings, daß die Kammer derartige Abstriche ihrer Kommission nicht gutzuheißen pflegt.

Ministerpräsident Combes empfing gestern früh den Berichterstatter für das Budget des Auswärtigen Dubief und erklärte ihm, er begreife vollkommen, daß der Berichterstatter von dem **Bericht** des **Generals Voyron** vertraulich Kenntniß genommen habe; hingegen erachte er, daß es große Uebelstände mit sich bringe, wenn Dubief den Bericht der Budgetkommission mittheilen und sich in seinem Bericht über das Budget des Aeußern auf ihn berufen würde.

In der Budgetkommission vermies Ministerpräsident Combes im Laufe der Debatte bezüglich des Berichts des Generals Voyron auf die Ungelegenheiten, die der Beschluß der Kommission, von dem gedachten Bericht Kenntniß zu nehmen, der Regierung bereiten könnte, denn kein Beamter würde mehr vertrauliche Berichte erstatten wollen. Nachdem der Ministerpräsident die Sitzung verlassen hatte, gelangte der Bericht Voyrons zur Verlesung, und die Kommission beschloß darauf, den Bericht zwar nicht zu veröffentlichen, ihre Mitglieder aber von der Pflicht der Geheimhaltung zu entbinden. Denys Cochin vertheidigte die Haltung des Bischof Favier und der Missionare. Nach einer weiteren Pariser Drahtmeldung erklärten mehrere Mitglieder der Budgetkommission, sie seien von dem Inhalt des Berichts entsetzt; sie hätten sensationelle Enthüllungen erwartet, der Bericht könne aber unbedenklich veröffentlicht werden, da sein Inhalt dem Expeditionskorps und dem General Voyron nur zur Ehre gereiche. Bezüglich der Missionare lege der Bericht nicht mehr als Dad, was schon im letzten Jahre mitgetheilt wurde, nachdem Sembat, Pelletan und Viviani Veröffentlichung des Voyronschen Berichtes verlangt hatten.

Der Staatssekretär des **amerikanischen Marineamts** Moody erklärt in einem Bericht, die Marine bedürfe dringend einer Vermehrung ihrer Offiziere, und fordert den Kongreß auf, dieser Angelegenheit seine volle Aufmerksamkeit zu schenken. Er empfiehlt auf das Nachdrücklichste, die Zahl der Seekadetten zu Annapolis zu erhöhen und den Mannschaftsbestand der Flotte um 3000 Mann zu vermehren. Ferner empfiehlt er ununterbrochenen Fortgang in der Verwehrung der Schiffe.

Der Vorsitzende des amerikanischen Komités für Mittel und Wege, Payne, erklärt, er glaube nicht, daß in der kommenden Session etwas in Bezug auf die Tarifgesetzgebung in Angriff genommen werde.

Der Bericht des Generalpostmeisters der **Vereinigten Staaten** befürwortet den Abschluß von Packetpostverträgen mit England, Frankreich, Italien und anderen Ländern in Europa, ähnlich dem jetzt zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehenden, doch mit der Einschränkung, daß das Gewicht auf vier Pfund beschränkt werde. Der Bericht empfiehlt ferner, die sechsmonatliche Kündigungsfrist gegenüber Deutschland zur Anwendung zu bringen, um die Herabsetzung des Gewichts auf vier Pfund vorschlagen zu können, und spricht sich für die Einführung einer Einheitsmarke oder von etwas Aehnlichem aus, um die internationale Korrespondenz zu erleichtern. In dem Bericht wird die Annahme ausgesprochen, es sei an der Zeit, das Porto nach dem Auslande herabzusetzen, das zu hoch sei und ein Hindernß für die Entwicklung des Handels und Verkehrs bilde, und die Eröffnung dahingehender Verhandlungen mit England, Deutschland und Frankreich empfohlen.

Wie die „Times" von zuverlässiger Seite aus **New-York** erfährt, hat ein Ausschuß der New-Yorker Handelskammer für die **Finanz-** und **Währungsfrage** gestern in einer geheimen Sitzung über einen Bericht, der in der nächsten Woche bekannt gegeben werden soll, und der eine Reform des amerikanischen Währungssystems befürwortet, Beschluß gefaßt. Die Wichtigkeit dieser Frage erhellt aus der Zusammensetzung des Komités, zu dem die beiden früheren Sekretäre des Schatzamtes Gage und Fairchild, der Vertreter Rothschilds Jakob Schiff sowie Belmont und andere bekannte Finanzmänner gehören.

Ein Telegramm aus Bogotá von dem **kolumbianischen Kriegsminister** an den Gesandten in London bestätigt, daß nach der Kapitulation der Aufständischen in Panamá der Krieg in Kolumbien beendet ist.

Ein in New-York eingetroffenes Telegramm aus Caracas meldet, das aus Kolumbien in **Venezuela** eingedrungene **Aufständische** nach verschiedenen Niederlagen gezwungen worden seien, sich am 25. November über die Grenze zurückzuziehen, und zahlreiche Gefangene und Munitionsvorräthe in den Händen der Venezolaner zurückgelassen hätten.

Kleinere Nachrichten. Aus **Bukarest** wird gemeldet: Der Minister für Ackerbau und Handel Aurelian hat aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung eingereicht. Demeter Sturdza hat interimistisch dieses Portefeuille übernommen. — Aus **Hongkong** wird gemeldet: Die Bewohner von Kengmung, die mit der Auferlegung der Reisteuer unzufrieden sind, haben den dortigen Mandarin bedroht und das Yamen niedergebrannt. — Der Premierminister des australischen Bundes **Barton** hielt in Melbourne eine Rede, in welcher er die Gesetzesvorlage über die Schiffahrt besprach, die in der nächsten Session eingebracht werden soll und die einen Abschnitt enthält, der bestimmt, daß auf den Schiffen, welche Küstenhandel zu treiben suchen, dieselben Löhne zu zahlen sind, wie sie an den betreffenden Orten bezahlt werden und daß die Nationen, welche englischen Schiffahrt verbieten, zwischen ihren Häfen Handel zu treiben, von der Schiffahrt ausgeschlossen werden sollen.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Ueber den gestrigen Besuch Sr. Majestät des Kaisers in Görlitz wird von dort noch berichtet:

Bei der Feier in der Rathausdiele dankte Se. Majestät der Kaiser auf die Ansprache des Ober-Bürgermeisters in längerer Rede und nahm sodann einen von zwei Ehrenjungfrauen dargebotenen Ehrentrunk aus einem Krystallpokal entgegen und trank auf das Wohl der Stadt Görlitz und der Lausitz. Hieran schloß sich ein Rundgang durch das Gebäude. Der Kaiser sprach dem Architekten Behr seine Anerkennung aus, zog mehrere der Anwesenden ins Gespräch und verließ nach etwa halbstündigem Aufenthalt die Rathaushalle. Hierauf nahm Se. Majestät die Parade über die Ehrenkompagnie ab und begab sich dann zum Bahnhof zurück. Die Abfahrt erfolgte um 12 Uhr 50 Minuten.

* Die Erwiderung des Erbgroßherzogs von Baden beim vorgestrigen Einzug in Karlsruhe auf die Ansprache des Ober-Bürgermeisters Schnepler hatte folgenden Wortlaut:

Ich danke Ihnen von Herzen, Herr Ober-Bürgermeister, für die herzlichen Worte des Willkommens, wir sind hier geradezu, daß Sie sich hierher bemüht haben, um uns zu begrüßen. Wir sind sehr glücklich, wieder heimkehren und, was in unseren schwachen Kräften liegt, für das Wohl der Heimath beitragen zu dürfen. Gott gebe uns die Kraft, daß wir den Erwartungen entsprechen können, die Sie von uns hegen. Sie wissen, wie glücklich wir sind, wieder in der Heimath und in der Vaterstadt zu weilen, und wir gedenken heute gerne des freundlichen Empfangs, der uns bei unserem ersten gemeinsamen Einzug von der lieben guten Stadt Karlsruhe entgegengebracht wurde. Wir sind glücklich, dauernd den Wohnsitz hier aufschlagen zu dürfen. Unsere treuesten Wünsche begleiten das Wohl der Stadt Karlsruhe.

u. Se. Hoheit Prinz Ernst von Sachsen-Altenburg ist von Potsdam hier angekommen.

* Aus London wird vom Freitag berichtet: Der König von Portugal begab sich heute nach Chatham und besichtigte daselbst das 1. Bataillon der Oxfordshire Light Infantry, deren Ehrenoberst er ist. Der König sprach seine Anerkennung über das vortreffliche Aussehen der Truppen aus und gedachte ihrer Leistungen in dem schweren Feldzug in Südafrika. Später kehrte der König nach London zurück.

** Zu Ehren des scheidenden Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika Mr. White findet heute bei dem Reichskanzler und der Frau Gräfin v. Bülow ein Mahl statt, zu welchem außer dem Botschafter und seiner Gemahlin der Gesandte Bricker-hoff-Jackson mit Gemahlin und Nichte Mijß Rutter, der Botschaftssekretär Dodge, der Marineattaché Korvettenkapitän Potts und Gemahlin die Fürstin v. Radolin, der Staatsminister, Staatssekretär Graf von Posadowsky und Gemahlin, der Staatsminister, Staatssekretär von Tirpitz und Gemahlin, der Präsident des Reichstags v. Ballestrem und Gemahlin, der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Kröcher und Gemahlin, der Staatssekretär Frhr. v. Richthofen, der Unterstaatssekretär Dr. v. Mühlberg, der Zeremonienmeister von dem Knesebeck, der Erste Vizepräsident des Herrenhauses Frhr. von Manteuffel und Gemahlin, der Unterstaatssekretär Frhr. von Seckendorff, der Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrath Conrad, der Generalmajor z. D. Graf v. Lüttichau, Prinz Alexander und Prinzessin Gisladeth zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der Ober-Bürgermeister Kirschner und Gemahlin, der Schloßhauptmann Graf Hutten-Czapski, der Oberst. Graf Viktor zu Eulenburg Einladungen erhalten haben.

u. Fürst Stolberg-Wernigerode ist aus Wernigerode hier angekommen.

* Der frühere Kriegsminister Generaladjutant Bronsart von Schellendorff ist aus Marienbad hier eingetroffen und im Hotel Fürstenhof abgestiegen.

* Der Kaiserliche Wirkl. Geh. Rath Graf v. Dönhoff-Friedrichstein ist auch Friedrichstein hier eingetroffen und im Continental-Hotel abgestiegen.

u. Der 2. Legationssekretär bei der deutschen Botschaft in Paris, Legationsrath Graf v. Hatzfeldt-Wildenburg, hat sich von hier nach Frankfurt a. M. begeben.

u. Fürst und Fürstin Lieven sind aus St. Petersburg hier eingetroffen.

* Staatssekretär Frhr. v. Thielmann gab der „Kreuzztg." zufolge am Donnerstag Abend ein parlamentarisches Essen. Es waren Abgeordnete fast aller Parteien des Reichstages erschienen, in erster Reihe die Mitglieder des Präsidiums und die Schriftführer, sodann v. Normann, Gröber, Speck, Spahn, Bassermann und Andere.

* Heute vollendet der inaktive Staatsminister Albert v. Maybach, wie schon früher gemeldet, sein achtzigstes Lebensjahr. Aus diesem Anlaß erschien der Reichskanzler Graf von Bülow in Begleitung des Chefs der Reichskanzlei, Wirkl. Geheimen Ober-Regierungsraths Conrad, in der Wohnung des Herrn v. Maybach, um persönlich seine Glückwünsche abzustatten.

Am 29. November 1822 zu Werne in Westfalen geboren, studirte v. Maybach die Rechtswissenschaften und trat 1845 als Aufkultator beim Oberlandesgericht Hamm in den Justizdienst. 1850 wurde er zum Gerichtsassessor und 1852 zum Kreisrichter in Schwelm ernannt, kam im folgenden Jahre von dort nach Hattingen und schied im April 1854 behufs Uebertritts zur Verwaltung aus der richterlichen Laufbahn aus. Er wurde zunächst Regierungsassessor bei der Königlichen Direktion der Ostbahn, 1856 Mitglied und 1857 Vorsitzender der Oberschlesischen Eisenbahndirektion in Breslau und im Dezember 1858 Geheimer Regierungsrath und vortragender Rath im Handelsministerium. Nachdem er 1863 vorübergehend die Eisenbahnverwaltung in Saarbrücken geleitet hatte, wurde er am 1. Oktober desselben Jahres Vorsitzender der Ostbahndirektion, rückte 1864 zum Geheimen Ober-Regierungsrath auf und wurde nach der Einverleibung Hannovers 1867 der erste preußische Vorsitzende der Eisenbahndirektion in Hannover, wo er 1871 den Charakter als Präsident dieser Behörde erhielt. Nachdem er im Jahre 1874 kurze Zeit Ministerialdirektor im Handelsministerium gewesen war, wurde er zum Präsidenten des Reichs-Eisenbahnamts ernannt. Im Februar 1877 kehrte er als Unterstaatssekretär in das Handelsministerium zurück, mit dem 30. März 1878 aus ihm er an Stelle Achenbachs Handelsminister. Als die nothwendig gewordene Trennung des bisherigen Handelsministeriums in zwei Ministerien im März 1879 vollzogen wurde, erhielt Maybach seine Ernennung zum Minister für öffentlichen Arbeiten. Als solcher hat er sich besonders um das Eisenbahnwesen hervorragend verdient gemacht und den Ausbau der Verstaatlichung der Privatbahnen durchgesetzt, die anfänglich auf starken Widerstand gestoßen war. Maybach blieb bis zum Juni 1891 auf seinem Posten, dann trat er in den Ruhestand. Von 1882 ab bis zum Jahre 1892 hat er dem preußischen Herrenhause angehört und in diesem erst den Wahlkreis Gummersbach-Waldbröl, von 1888 ab Saarbrücken-Ottweiler-St. Wendel vertreten. Den Adel erhielt er im Jahre 1888 mit der Verleihung des Schwarzen Adlerordens.

Morgen vollendet der ehemalige badische Staatsminister Dr. Nokk, der im Juni des vorigen Jahres in den Ruhestand trat, sein 70. Lebensjahr.

* Der Legationsrath Graf v. der Groeben, der als erster Botschaftssekretär nach Paris geht, hat der dortigen Botschaft bereits zwei Mal, zuletzt von 1897 bis 1900, angehört. 1861 geboren, wurde er, nach der „Voss. Ztg.", 1879 Leutnant der Reserve des 7. Husarenregiments in Bonn, wurde aus diesem Regiment 1887 zur Reserve der Garde du Corps versetzt und im selben Jahre im aktiven Heere als Leutnant in dem letztgenannten Regiment angestellt. Im folgenden Jahre wurde er zur Gesandtschaft im Haag und 1890 zur Dienstleistung im Auswärtigen Amt kommandirt. 1893 trat er in den diplomatischen Dienst über und ist seitdem in Stockholm, Paris München und Brüssel, sodann wiederum in Paris, und seit 1900 als erster Sekretär bei der Botschaft in Madrid thätig gewesen. Legationsrath ist er seit Dezember 1899. Sein Nachfolger in Madrid, Legationsrath Dr. v. Lumbracht, ist 1883 als Referendar in den Justizdienst eingetreten, 1886 zur allgemeinen Staatsverwaltung übergegangen und im April 1889 Regierungsassessor in Potsdam geworden. 1890 ließ er sich beurlauben, wurde dienstthuender Hofkavalier der Fürstin von Hohenzollern und trat 1893 in den diplomatischen Dienst. Er war als Legationssekretär in Belgrad, Hamburg und Bukarest und seit 1897 Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt. 1898 wurde er zum Legationsrath, 1900 zum Königlichen Kammerherrn ernannt.

* Wie der „Reichs- und Staats-Anzeiger" meldet, ist der Stiftsherr Dr. Bellesheim in Aachen zum Stiftspropst bei dem Kollegiatstift in Aachen ernannt worden. Stiftspropst Bellesheim, am 16. Dezember 1839 zu Montjoie (Rheinland) geboren, ist Dr. theol. und iur utr. Als Domvikar an der Kathedrale zu Köln arbeitete er, wie die „Germ." mittheilt, lange Jahre auf dem erzbischöflichen Generalvikariat und widmete sich nebenbei eifrig den Studien, insbesondere der Kirchengeschichte. Außer den Lebensbildern des Kardinals Meyssonnit (1870) und des hl. Johann Baptist de Rossi, sind der Kardinäle Allen (1885), sowie des Kardinals Manning (1892) schrieb er eine Geschichte der katholischen Kirche in Schottland in 2 und der katholischen Kirche in Irland in 3 Bänden. Auch eine Nachfolge der Heiligen ist aus seiner Feder erschienen. In weiten Kreisen bekannt sind auch seine Ueberschriften über die englische katholische Literatur in der „Literarischen Rundschau", sowie zahlreiche Aufsätze im „Katholik" zu Mainz und den „Historisch-Politischen Blättern".

** Heute fand der Familientag der Familie v. Glasenapp unter zahlreicher Betheiligung von Mitgliedern der Familie aus Deutschland und Rußland im Kaiserhof statt.

* In Stendal ist der Präsident des dortigen Landgerichts Michelsky gestorben. Er war, der „Voss. Ztg." zufolge, am 7. November 1845 geboren und im Juni 1868 als Aufkultator im Bezirk Frankfurt a. O. in den Justizdienst getreten. Im April 1873 zum Gerichtsassessor ernannt, wurde er nach im selben Jahre Staatsanwaltschaftsrath in Straßburg Westfr. und 1876 zu Anfang des Jahres 1877 nach Marienwerder versetzt. Bei der Justizreorganisation von 1879 wurde er Staatsanwalt in Thorn, kam 1883 von da nach Elbing, im Februar 1889 als Erster Staatsanwalt wieder nach Thorn und im Oktober 1896 in gleicher Amtseigenschaft nach Magdeburg. Bei der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches am 1. Januar 1900 war er Landgerichtspräsident in Stendal geworden.

Zum Ableben Friedrich Krupps.

Zu Testamentsvollstreckern des verstorbenen Geheimrats Krupp sind Gustav Hartmann, Vorsitzender des Aufsichtsrats der „Sächsischen Maschinenfabrik" in Chemnitz und Direktor Haur, Mitglied des Kruppschen Direktoriums, ernannt.

An die Witwe Krupps, Frau Margarethe Krupp in Hügel (Ruhr) ist nachstehendes Schreiben gelangt:

Hochgeehrte gnädige Frau! Ein Jeder von uns, die sich Freunde Ihres heimgegangenen Gemahls nennen durften, hat Ihnen ausgesprochen, wie aus tiefstem Herzen wir das Weh mit empfunden, das über Sie und die Ihrigen gekommen ist. Aber in unserer Seele fühlen wir die heilige Verpflichtung, insgesammt Ihnen nachmals zu sagen, wie wir im Leben und im Tode zu dem Heimgegangenen stehen und die schmählichen Angriffe verurtheilen, die gegen den Verewigten gerichtet worden sind. Wie wir die Güte seines Herzens, die Reinheit seiner Seele kannten, so wird sein Bild ungetrübt und unwandelbar unter uns fortleben. Ihnen aber, gnädige Frau, und Ihren Kindern wolle der Herr seinen Trost in das Herz geben und Ihnen Stab und Stecken sein auf Ihren ferneren Lebenswegen. — 28. November 1902.

Das Schreiben enthält folgende Namensunterschriften:

v. Altenburg, Generalleutnant und Kommandeur der 7. Division. Fritz Althöwer. Dr. Böhker, Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath. Bode, Staatsminister und Minister der öffentlichen Arbeiten. Budde, Geheimer Staatsrath. Ludwig Delbrück. v. Engelbrecht, Generalleutnant z. D. Gustav Hartmann. v. Pollreuter, Regierungspräsident. Hallmann, Admiral z. D. Staatssekretär a. D. Jencke, Geheimer Finanzrath. Gustav Körte, ordentl. Professor an der Universität Rostock. Johannes Merck, Direktor der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft. Dr. v. Oechelhäuser, Hofrath, Professor. Freiherr v. Rheinbaben, Staats- und Finanzminister. Freiherr v. Rigsdamval z. D. v. Simon, Geheimer Oberbaurath. Dr. Studt, Staatsminister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. Dr. Wiegand, Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd in Bremen. Detlof v. Winterfeldt, Hauptmann im Großen Generalstab, Militärischer Begleiter Kaiser Wilhelm II. Zweigert, Ober-Bürgermeister von Essen, Mitglied des Herrenhauses.

Die Theilnahme der Arbeiter der Firma Fried. Krupp an dem plötzlichen Hinscheiden ihres Chefs bringt nachstehendes Schreiben zum Ausdruck:

Gußstahlfabrik, Essen, den 24. Novbr. 1902.

An
das Direktorium der Firma Fried. Krupp!

Die aus Anlaß des Hinscheidens unseres hochverehrten Herrn Chefs versammelten gewählten Arbeitervertreter und deren Ersatzmänner für die Kranken- und Pensionskasse der Gußstahlfabrik fühlen sich eins mit den Hinterbliebenen und mit Ihnen in dem großen Schmerze um den theueren Heimgegangenen. Sie erinnern sich namentlich in diesem Augenblicke der unsäglichen von dem Verewigten empfangenen Wohlthaten seiner Herzensgüte und einer steten Hülfsbereitschaft. Als Freund hat er sich uns jederzeit gegeben, und als ein Freund wird er in unseren Herzen fortleben. Es ist uns auch ein tiefempfundenes Bedürfniß, bei dieser Gelegenheit unsere Entrüstung über die verabscheuungswürdige Verleumdung des Verstorbenen durch die sozialdemokratische Presse zum Ausdruck zu bringen. Keinerlei Angriffe auf seine Ehre konnten im Stande sein, das Vertrauen auf die Reinheit seines Charakters in uns zu erschüttern. Makellos steht sein verklärtes Bild jetzt und für immer vor unserem geistigen Auge. Das hohe Direktorium bitten wir ergebenst, der Gattin unseres verstorbenen Herrn Chefs